

## Rede der FAU Frankfurt

### 30.6. – Kundgebung gegen Sozialkürzungen und die Einführung der Grundsicherung

*Ihr hört jetzt eine Rede der Gewerkschaft „Freie Arbeiter- und Arbeiter\*innen Union-Frankfurt“*

Morgen wird der kalte Wind, der in Deutschland politisch seit dem Regierungswechsel weht, faktisch besiegelt.

Nur drei Jahre nach seiner Einführung ersetzt nun die Grundsicherung das Bürgergeld. Der zaghafte Ansatz zu mehr Menschenwürde ist damit Geschichte.

Während die Anzahl der Suppreichen auch in Deutschland 2025 ihren vorläufigen Zenit erreichte, können die gut 5 Mio Betroffenen sich auf etwas gefasst machen.

Sie müssen künftig bei nicht Wohlverhalten mit Sanktionierungen auf bis zu 0 Euro rechnen. Statt die Steuern für Supperreiche zu erhöhen, nimmt die Regierung lieber Hunger und Wohnungslosigkeit Bedürftiger in Kauf, denn die Sanktionierungsmöglichkeiten exkludieren künftig nicht einmal mehr das Wohnungsgeld.

Es ist beschämend, dass in einem Land, in dem die Anzahl der Suppreichen weltweit an vierter Stelle liegt, staatlich forcierte Obdachlosigkeit Bedürftiger in Kauf genommen wird.

Während Alte im Müll wühlen und viele Erwerbstätige auf Grund miserabler Hungerlöhne und horrender Mieten auf aufstockende soziale Hilfe angewiesen sind, benötigt ein Millardär oder eine Millardärin lediglich anderthalb Stunden, um das durchschnittliche Jahreseinkommen zu verdienen.

Vor diesem Hintergrund entlarvt sich die nicht enden wollende Sparlitanei deutscher Politik und Wirtschaft und die Merzsche Mähr eines angeblich nicht mehr finanzierbaren Sozialstaates schlichtweg als Lüge. Es ist nicht zuletzt die Entwicklung der Milliardärsvermögen, die die neuerlichen Angriffe auf unsere Leben in Form von sozialem Abbau als das erscheinen lassen, was sie sind: **Ungerecht, einseitig und deshalb nicht akzeptabel!**

Während dem deutschen Fiskus auf Grund von Personalmangel jährlich Steuereinnahmen in Höhe von 100 – 115 Milliarden €, also etwa der Höhe des verabschiedeten Militärhaushaltes entgehen, scheut sich die Regierung nicht einmal vor dem Griff in die Tasche ukrainischer Kriegsgeflüchteter. Sie sollen sich demnächst mit dem 20% niedrigeren Satz für Asylsuchende begnügen.

All diese Änderungen treffen Bedürftige, nachdem sie trotz Inflation dieses Jahr zum zweiten Mal in Folge eine Nullrunde bzgl. der Erhöhung des Bürgergeldsatzes hinnehmen mussten.

Die Zielrichtung aktuell diskutierter Einsparmaßnahmen ist auch in anderen Bereichen immer die selbe.

Ob Erhöhung des Renteneinstiegsalters, Einschnitte im Arbeitsrecht, wie zum Beispiel die weitere Demontage des 8-Stunden Arbeitstages, bzw. die Aufweichung des Kündigungsschutzes oder die angedachten Sparmaßnahmen im Gesundheitswesen, sie alle treffen überproportional das Groh der Bevölkerung, während jene, die monetäre Einschnitte gut verkraften könnten, weitestgehend verschont bleiben.

Während die Vermögen der Millardär\*innen weiter rasant steigen und dennoch auch auf die im Grundgesetz verankerte Möglichkeit einer einmaligen Abgabe für eben jene Gruppe der sehr Reichen verzichtet wird, bleibt für das Groh der Renter\*innen lediglich eine Rente am unteren Ende des europäischen Rentenniveaus. Die aktuelle Änderung zur Grundsicherung wird diese Entwicklung verstärken, sind es doch vor allem die Jungen, die durch Verschärfungen bzgl. des Schönvermögens weniger Erspartes behalten dürfen.

Ein frühzeitiger Aufbau von privatem Rentenvermögen wird dadurch für viele unmöglich.

Generell sei an dieser Stelle klar gesagt:

Es sind nicht die Alten, die ein Bürde für die junge Generation darstellen, es ist vielmehr ein politisch gewolltes System massiver sozialer Ungleichheit und sozialer Spaltung, welches nicht nur eine zunehmende Bürde für das Groh der Bevölkerung darstellt, sondern auch eine Bedrohung für das, was in diesem Land als sogenannte Demokratie gefeiert wird.

Ob Kürzung bei den Integrationsmaßnahmen für behinderte Schüler\*innen, die Abschaffung der freien Therapeut\*innenwahl, die Erhöhung der Beiträge für gesetzliche Krankenversicherung, Warkens Ankündigung, Tariflohnsteigerungen für Beschäftigte im Gesundheitswesen nicht mehr vollständig übernehmen zu wollen, die angedachte Erhöhung der Medikamentenzuzahlung oder die geplante Einschränkung bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall – all diese Maßnahmen treffen Kranke, den ärmeren Teil der Bevölkerung oder Bedürftige.

### **Solidarprinzip – Fehlanzeige!**

Die Abgrenzung der Regierungsparteien gegenüber dem rechten politischen Rand muss auch deshalb als Farce bezeichnet werden. Es ist schließlich kein Geheimniss, das die radikale Rechte historisch häufig vor dem Hintergrund sozialer Ungleichheit, gestiegender Abstiegsängste und permanenter Krisenerfahrungen erstarkte. Wer hier nicht gegensteuert und sattu dessen Öl ins Feuer gießt, sollte vom Antifaschismus schweigen.

Der Sozialstaat ist kein Luxusgut, sondern unverzichtbare Grundlage für sozialen Frieden in diesem Land!

Jenen, die dem gerne von CDU und FDP verbreitetem Narrativ potentiell flüchtiger Reicher aufsitzen, sofern diese stärker belastet würden, sei gesagt: Es scheint sich lediglich um ein Bauchgefühl konservativer und neoliberaler Politiker\*innen zu handeln, das wahrscheinlich mehr über die, die es verbreiten als über die betroffene Personengruppe selber aussagt.

Studien aus Großbritannien zeigen, dass Superreiche keinesfalls in das nahe gelegene Niedrigsteuerland Irland abwandern. Auch Superreiche der USA wechseln nicht in für sie günstigere Steuerstaaten. Ein ähnliches Bild ergibt sich bezogen auf die Schweizer Kantone.

Statt die Abschiebung weiterer, unter anderem gut Ausgebildeter zu planen, über Rentenkürzungen oder Arbeitszeiterhöhung zu schwadronieren und die Drangsalierung von Empfänger\*innen der Grundsicherung voranzutreiben, muss sich die Verteilung der Vermögen ändern!

Dazu gehört auch:

Wirtschaftskriminelle effizient zum Zahlen von Steuern zu bewegen, hohe Erbschaften zu besteuern und die politische Einflussnahme der Superreichen durch Lobbyismus zu bekämpfen. Nicht notwendig hingegen ist eine weitere Belastung des Gesundheitssystems – ausgelöst durch die restriktiven Vorstellungen eines Kanzlers zur Kontrolle von Erwerbstätigen, etwa durch die Abschaffung der telefonischen Krankmeldung. Lohnabhängige können in der Regel sehr gut entscheiden, wann sie arbeitsfähig sind und wann nicht. Auch die Entscheidung wieviel sie arbeiten wollen, ist ihre Entscheidung und nicht die einer verfehlten und anmaßenden Politik. Wir empfehlen Merz, Bas, Warken und Konsorten die Überprüfung ihrer eigenen Arbeitszeiten. Vielleicht ließe sich dann etwas anderes konstatieren, als neoliberales Gequatsche und von Hass und Misstrauen geprägte Angriffe auf sozial Schwache und Lohnarbeitende.

Wir fordern:

- Sozialabbau stoppen!
- Schluss mit der Drangsalierung Lohnabhängiger!
- Hände weg von Kündigungsschutz und der Begrenzung von Arbeitstagen auf maximal 8 Stunden!
- **Statt sparen bei den Armen, streichen bei den Reichen!**

Für den Aufbau einer antiautoritären, sozialrevolutionären Bewegung, die ihre Belange selber in die Hand nimmt!